

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) - Freienvertretung

Christoph Reinhardt

Vorsitzender (komm.)

Masurenallee 8-14
14057 Berlin

Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstr. 80
10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0
Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99
landesvorsitzende@gruene-berlin.de

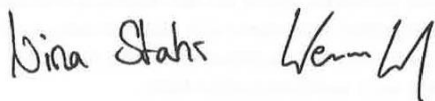
Berlin, 9. August 2021

Wahlprüfsteine Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) - Freienvertretung

Sehr geehrter Herr Reinhardt,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

WPS Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) - Freienvertretung

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Arbeitnehmerähnlichen noch im kommenden Jahr durch den Personalrat vertreten werden können?

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind überzeugt davon, dass gleiche Arbeit auch gleiche Rechte bedeuten muss. Dass die Novellierung des Staatsvertrages erst in der kommenden Legislatur erfolgen kann, ist bedauerlich. Wir unterstützen eine baldmöglichste Umsetzung ausdrücklich und werden die Fraktion im Abgeordnetenhaus bitten, sich in diesem Sinne für eine schnellstmögliche Behandlung einzusetzen.

Welche Schritte werden Sie unternehmen, damit die bereits zwischen den Ländern abgestimmte erforderliche Änderung des Staatsvertrages rechtzeitig in Kraft treten werden?

- Wir nehmen den Punkt „Freienvertretung im rbb durch den Personalrat“ mit in die möglichen Koalitionsverhandlungen und haben uns in der noch amtierenden Fraktion über eine Empfehlung an die nächste Fraktion verständigt, dem Thema Novellierung des Staatsvertrages Priorität zu gewähren, um eine schnellstmögliche Umsetzung zu gewährleisten.

Setzt sich Ihre Partei für eine auskömmliche Finanzierung des rbb ein?

- Unabhängiger Rundfunk ist nur dann unabhängig, wenn er auch finanziell unabhängig ist.

Der rbb muss angemessen finanziert werden. Es ist unbedingte Aufgabe der Politik, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auskömmlich zu finanzieren. Das grundsätzliche Konzept, eines staatsfernen, unabhängigen, öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Daseinsvorsorge unserer demokratischen Gesellschaft vorzuhalten, der von allen möglichst barrierefrei empfangen und von allen, die es sich leisten können, finanziert wird, funktioniert nur, wenn eine auskömmliche Finanzierung dauerhaft sichergestellt ist.

Eine Ausweitung der Werbezeiten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehen wir kritisch – im Gegenteil, weitestgehende Werbefreiheit garantiert weitestgehende Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit ist ein hohes Gut.

Wir setzen uns dafür ein, dass es keiner Gerichtsurteile mehr bedarf, um die gesetzlich geregelte, auskömmliche Finanzierung zu erreichen, sondern der gemeinsame politische Wille zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erreicht wird. Dafür arbeiten wir, dafür streiten wir. Da es offensichtlich im Moment eine Debatte um die Finanzierung, um die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gibt, werden wir uns in selbiger Debatte auf allen politischen Ebenen in diesem Sinne einbringen.

Wie wollen Sie darauf hinwirken, dass die Arbeitsbedingungen der Freien auch während des Umbaus attraktiv genug bleiben, so dass der rbb auch in Zukunft auf die Kreativität und Flexibilität der Freien zurückgreifen kann?

- Den „Umbau“ des rbb sehen wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als eine dauerhafte Notwendigkeit. Ein gesellschaftlich relevanter öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss mit den relevanten gesellschaftlichen Entwicklungen nicht nur inhaltlich Schritt halten, sondern auch technologischen Entwicklungen und dem sich stetig und dynamisch verändernden Nutzungsverhalten Rechnung tragen. Insofern sehen wir Anpassungen, Veränderungen und Weiterentwicklungen als ständige Notwendigkeit – nicht als singuläres Ereignis.

Dass diese fortlaufende Entwicklung nicht zu Lasten der Mitarbeiter*innen gehen darf, seien sie fest oder frei, muss selbstverständlich sein. Wir sehen gerade hier eine hohe Relevanz der Interessenvertretungen und unterstützen gerade deshalb eine gute, starke Personalvertretung, welche alle Mitarbeitenden, fest und frei, vertritt.

Will Ihre Partei an der seit Jahrzehnten gewachsenen unsicheren freien Beschäftigung als Alternative zum Arbeitsverhältnis festhalten?

- Gewachsene Strukturen sind nicht automatisch faire, angemessene Strukturen. So wie sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk ständig verändert, so müssen die Arbeitsverhältnisse ständig evaluiert und angepasst werden. Dabei gilt es den Fokus auf die Rechte und den Schutz der Arbeitnehmenden zu legen.

Scheinselbstständigkeit ist zu recht nicht zulässig. Selbstständiges Arbeiten muss möglich sein, wenn es von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen gewollt ist. Da selbstständige Arbeitsverhältnisse qua Definition ungeschützter und unsicherer sind, ist es uns BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine wichtige Aufgabe, uns intensiv für bessere Rahmenbedingungen für Soloselbstständige einzusetzen. Das betrifft sowohl die ununterbrochene Einbindung in Sozialversicherungssysteme, als auch eine Arbeitnehmendenvertretung auf Augenhöhe und angemessene Beteiligung an den Entscheidungen und Erlösen.

Zusammengefasst sehen wir erheblichen Handlungsbedarf und werden uns nicht mit den gewachsenen Strukturen zufriedengeben.

Welche Möglichkeiten wollen Sie nutzen, um in Zukunft den arbeitsrechtlichen Schutz der Arbeitnehmerähnlichen beim rbb zu gewährleisten?

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen drei Ebenen auf denen eine Weiterentwicklung der Einbindung und des Schutzes der Mitarbeitenden des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet sein muss.
 - 1) Eine breite gesellschaftliche Debatte, um eine hohe Akzeptanz des „Modells“ unseres gebührenfinanzierten, unabhängigen, staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erreichen.
 - 2) Eine bundesweite, politische Debatte, um eine verlässliche, vergleichbare Struktur aller

Rundfunkanstalten und Sender in Deutschland zu erreichen – um vergleichbare und verlässliche Strukturen, gerade für Freie Mitarbeiter*innen, zu erreichen.

3) Eine noch enger abgestimmte Debatte mit den Arbeitnehmer*innen und den arbeitnehmerähnlichen Mitarbeiter*innen, den Festen und Freien, deren Vertreter*innen und letztlich auch den Rundfunkanstalten und Sendern, um ein nachhaltiges, faires, flexibles und die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dauerhaft sicherndes Systems zu gewährleisten.